

# In ihrer Existenz bedroht

Informationsabend in Ihringen: „Volksbegehren gefährdet Winzer und Landwirte“

Ihringen. Voll besetzt war die Aula der Neunlindenschule in Ihringen bei einer Infoveranstaltung zum Volksbegehren „ProBiene“ am Dienstag, 13. August. Winzer, Obstbauern und Landwirte wollten sich von fachmännischer Seite über die Auswirkungen des Volksbegehrens informieren lassen.

Der CDU-Gemeindeverband Ihringen hatte MdL Dr. Patrick Rapp, Vorsitzender des Arbeitskreises Ländlicher Raum und Verbraucherschutz im Landtag, eingeladen, um über das Verfahren eines Volksbegehrens und die Folgen für den Weinbau und die Landwirtschaft zu referieren. Anwesend waren in Ihringen auch Vertreter des Badischen Weinbauverbandes und des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbandes (BLHV).

Rapp berichtete über das Verfahren eines Volksbegehrens, das es in Baden-Württemberg bisher noch nie gegeben habe. Nachdem der Landtag kürzlich die Zulässigkeit des Begehrens festgestellt habe, seien nunmehr 770.000 Unterschriften notwendig, um das Verfahren durchzuführen, das zwei Imker aus dem Stuttgarter Raum angestoßen hätten. Wenn diese Zahl an Unterschriften zusammenkomme, werde die Befragung in der Bevölkerung



Das Interesse war groß, als in Ihringen über das Volksbegehren „ProBiene“ informiert wurde. Foto: esm

durchgeführt. Die Politiker im Landtag könnten an der Vorlage vom Gesetz her nichts ändern. Bei der Durchführung des Volksbegehrens seien dann 1,5 Millionen Stimmen notwendig, damit der Landtag über diese Gesetzesvorlage abstimmen könne. Hier gebe es dann nur drei Möglichkeiten: Zustimmung, Ablehnung oder die Einreichung eines alternativen Antrages, der dann an die Bevölkerung zur erneuten Abstimmung zurückgehe.

Der Antrag der zwei Imker, der auch von Verbänden wie dem NABU, dem BUND und den Anbauverbänden Demeter und Naturland unterstützt werden, geht den Winzern und Landwirten zu weit. Sie sehen sich in ihrer Existenz bedroht. In ihrer Auffassung werden sie ihrer-

seits auch von verschiedenen Verbänden unterstützt.

Das Volksbegehren sieht eine Reduktion von Pflanzenschutzmitteln um 50 Prozent vor, wobei die Ausgangsmenge unbekannt und der Wert willkürlich sei, so die Landwirte. Das generelle Verbot von Pflanzenschutzmitteln in allen Schutzgebieten betreffe große Teile der Landwirtschaft, besonders am Kaiserstuhl, am Tuniberg und im Markgräflerland und auch Mittel, die im ökologischen Landbau und im Weinbau eingesetzt werden. Außerdem soll der Anteil der Bio-Landwirtschaft auf 50 Prozent der Fläche erhöht werden, und Streuobstwiesen ab 2.500 Quadratmeter seien unter Schutz zu stellen. Dann dürften in diesen Streuobstwiesen keine

Bienenstöcke mehr aufgestellt werden. Die Winzer und Landwirte, die, so wird betont, seit Jahren viel für den Artenschutz und die Biodiversität auf ihre Kosten getan haben, sehen sich durch die strikte Regulierung in ihrer Existenz bedroht.

Ein wichtiger Schritt gegen dieses Volksbegehren sei die Aufklärung der Bevölkerung über die Folgen der Initiative und aktive Werbung für Winzerinnen und Winzer und die Landwirte.

Kilian Schneider, Präsident des Badischen Weinbauverbandes, kündigte einen Gegenantrag an und forderte die Winzer auf, zusammenzustehen und über ihre Kontakte die Bevölkerung sachlich und gründlich zu informieren. Friedbert Schill vom BLHV forderte die Unterstützung aller: „Wir sind nicht gegen Bienen, suchen aber eine Lösung, die funktioniert.“ Die Winzer und Landwirte leisteten bereits heute Landschaftsschutz. Mit den geplanten Vorschriften würden die Winzer aber eine schwarze Zukunft für den Weinbau in den betroffenen Regionen sehen - dieser sei dann nicht mehr möglich. Arbeitsplätze und Existenzen seien in Gefahr. Die meisten Pflanzenschutzmittel würden im Übrigen von der Deutschen Bahn und weiteren Verkehrsbetrieben verwendet, gab Rapp zu bedenken. **Eckhard Schöneck**